

dieser vom Bundeskanzler und päpstlichen Prälaten Dr. Seipel zusammengeschweißten „Einheitsfront“, die sich von den jüdischen Bankdirektoren mit ihren Sprachrohren, den von Juden herausgegebenen Tageszeitungen „Neue Freie Presse“, „Neues Wiener Tagblatt“ und „Neues Wiener Journal“, über den ganzen antisemitischen Heerbann hinweg bis zu den blutrünstigsten Ritualmordslügnern und Hakenkreuzern erstreckte — neben dieser gemischten Gesellschaft, wenn auch nicht innerhalb derselben, aber doch ebenfalls gegen die Sozialdemokraten gerichtet, stürmte das Fähnlein der Wiener Zionisten und erlitt eine schwere Niederlage. Es konnte nicht anders kommen. Denn falsch ist die Strategie, die in ein so labiles und ganz problematisches Staatswesen wie Oesterreich noch das Ferment einer „jüdisch-nationalen Landespolitik“ hineintragen will, falsch war die Taktik, die Sozialdemokraten zu „roten Antisemiten“ zu stempeln und falsch und schmerzhaft waren oft die Töne, die aus den Spalten unseres sonst so gut redigierten Bruderblattes, der „Wiener Morgenzeitung“, erklangen. Dürfen Juden gegen politisch andersgesinnte Juden so schreiben, daß sich stillistische Reminiszenzen an Vergani und Funder ergeben? Nein und abermals nein! Auch im höchsten Wahlfieber nicht, und ginge es sogar um Wichtigeres, als um Mandate!

Wir können uns jetzt ruhig nach Ungarn begeben. Das ist nicht nur figürlich, sondern auch buchstäblich gemeint. Es ist noch nicht so lange her, daß für Juden ein Besuch in Ungarn keine so ganz ruhige Angelegenheit war. Aber unter dem Regime Bethlen hat sich vieles zum Besseren gewendet. Das arg verstümmelte Land, das jahrelang fieberte, scheint sich inzwischen die Parole Gambettas zu eigen gemacht zu haben: Nimmer davon reden, aber immer daran denken! Man politisiert dort weniger und arbeitet dafür mehr. In solcher Atmosphäre kann auch der Jude seinem Berufe ruhig nachgehen. Wir wollen auch den Worten des Grafen Bethlen Glauben schenken, daß

In Kürze

Riga. Kürzlich verstarb in Smolensk der bekannte jüdische Mathematiker und Altertumsforscher G. S. Toffe im Alter von 74 Jahren. — **Warschau.** Der Innenminister hat den Posener Wojwoden aufgefordert, alle antisemitische Aufrufe zu verbieten und gegen das Treiben der antisemitisch-faschistischen Verbände einzuschreiten. — **Jerusalem.** Die jüdische und die arabische Arbeiterschaft feierte in allen größeren Städten den 1. Mai. — **Dr. Emanuel Libmann** aus Neuyork, ein bekannter Herzspezialist, soll an der Hebräischen Universität eine Anzahl Vorlesungen halten. — **Eine Nichte des Lord Belfour, Mrs. Dugdale,** weilt in Palästina. — **Kowno.** Die litauische Regierung beabsichtigt, zugunsten der orthodoxen Juden einige Milderungen im Sonntagsruhegesetz einzuführen. — **Moskau.** Die jüdischen kommunistischen Zeitungen fahren fort, gegen das Wiedererwachen des religiösen Lebens in den jüdischen Gemeinden heftig zu agitieren. — **Grodno (Polen).** Der hiesige Stadtrat bewilligte 1500 Zloty zum Ankauf von Büchern für die jüdische Gemeindebibliothek und 1000 Zloty für das jüdisch-akademische Heim in Warschau. — **Paris.** Baron Edmond v. Rothschild hat 30 Millionen Franks gespendet, wovon in Paris ein Institut für physikalisch-chemische Biologie gegründet und unterhalten werden soll. — **Düsseldorf.** Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands feierte hier kürzlich sein 25jähriges Jubiläum. — **Warschau.** Anlässlich der am 22. Mai stattfindenden Gemeinderatswahlen haben sämtliche jüdischen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Aguda, einen Block gebildet. — **Neuyork.** Der kürzlich verstorbene Adolf Winter aus Buffalo hat für Palästina 12 000 Dollar vermacht. — **Jerusalem.** Der Allg. jüdischen Arbeiterföderation gehören 31 875 Mitglieder an. — **Neuyork.** Der kürzlich hier stattgefundenen Einweihung der Park-Avenue-Synagoge wohnten u. a. der Bürgermeister von Neuyork Walker, der protestantische Bischof Maning und der katholische Kardinal Hayes bei. Die beiden letzteren hielten warm empfundene Reden.

Berlin. Als Nachfolger des Dr. Ismar Freund wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Charig zum Generalsekretär des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden gewählt. — **Frankfurt a. M.** Die nach dem verstorbenen Dr. Salomon Breuer

ihm der Numerus clausus nicht ans Herz gewachsen sei und daß er bei günstiger Gelegenheit darin Milderungen einführen werde. Denn er wird es am besten wissen, wie treu die ungarischen Juden ihrer Heimat anhängen, was sie zwar oft ihren ausländischen Glaubensgenossen gegenüber allzu ostentativ zum Ausdruck bringen, was aber ihr Ansehen in den Augen eines ungarischen Ministerpräsidenten nur heben kann.

Auch unseren Glaubensgenossen in Polen scheint jetzt eine bessere Zukunft zu winken. Pilsudzkis operativer Eingriff in die Fäulnis des polnischen Claquewesens hat auch die Eiterbeule des Judenhasses zum Platzen gebracht. Der Gesundheitsprozeß hat eingesetzt, doch kann sein Fortschreiten nur langsam vor sich gehen, denn das Land selbst kann auch nur Schritt für Schritt zur erwünschten staatlichen und wirtschaftlichen Konsolidierung gelangen. Es war die große Sünde der Pariser Friedensdiktatoren, daß sie auf der einen Seite verkrüppelte und auf der anderen hypertrophische Staatsgebilde schufen. Zu letzteren gehört Polen, besonders seitdem es durch die glückliche Wendung im Russenkrieg seine Grenze nach Nordost weit vorschleichen konnte. In diesem großen Territorium ist — von den verschiedenen nationalen Minderheiten abgesehen — das Polenium selbst noch nicht homogen. Es fehlt auch an Verwaltungstalenten, besonders an zuverlässigen. Vorläufig kann Polen noch nicht als ein moderner Wirtschaftsstaat angesprochen werden. Dies das Uebel, worunter die dortigen Juden am meisten leiden. Durch eine kluge Politik, die alles Extreme meidet, die Produktivierung der jüdischen Massen energisch und ausdauernd betreibt und ein freundschaftliches Verhältnis mit allen anderen Nationen anstrebt, können die polnischen Juden sich und dem State am besten dienen und zur Abkürzung der schmerzlichen Uebergangszeit beitragen. Hierin und nicht in Schankkonzessionen, von denen kürzlich so viel die Rede war, liegt die Zukunft des polnischen Judentums.

vakante Rabbinerstelle wird am 22. d. M. durch freie demokratische Wahl, zu der alle über 21 Jahre alten männlichen Gemeindeglieder zugelassen sind, besetzt werden. Wie bekannt, kandidieren ein Sohn des Verstorbenen, Dr. R. Breuer-Aschaffenburg, und Dr. A. Krein-Nürnberg. — **Bonn-Poppelsdorf.** Die hiesige Synagogengemeinde feiert am 21. d. M. ihr 25jähriges Jubiläum. — **Münster.** Der hiesige Rundfunk sandte kürzlich jüdische Musik in besonders schönen Solonummern und Duetten, denen Oberkantor Herman Zivi einen gediegenen Vortrag über die Entwicklung synagogaler Musik und über die Synagogenkomponisten der letzten 100 Jahre vorangehen ließ. **Lappinen.** In voriger Woche verstarb in Königsberg Frau Rabbiner Rebecka Milakowski im Alter von 63 Jahren. Die Dahingeschiedene war eine geborene Memlerin, welche aus großem jüdischen Jches stammt. Sie war eine selten gute Frau, welche alle Krankenhäuser besuchte, um den Kranken Gutes zu erweisen. Hauptsächlich lebte sie sehr für die Thorawissenschaft und empfing jeden Vertreter der Thora in ihrem Heim mit Freude. Ihr Leben galt nur der Religion und der Wohltätigkeit, und sind auch in diesem Sinne ihre Kinder erzogen. Die Dahingeschiedene wurde von tausenden Glaubensgenossen sowie auch Andersgläubigen zu Grabe gebracht.

Aus aller Welt

Zwei Wochen Gefängnis für einen Pogrom-Hetzer. Budapest. Im Sommer 1925 hielten die Erwachenden Ungarn in Szeged eine Propagandaversammlung ab, deren wesentliche Tagesordnung in antisemitischen Ausfällen bestand. Der Journalist Lehel Kadar sagte: „Die Juden sind die größten Räuber der Welt. Sie haben sich aus der Fremde hereingeschmuggelt und richteten hier das Land zugrunde!“ Infolge dieser Rede erhob die Staatsanwaltschaft gegen Kadar eine Anklage wegen konfessioneller Aufreizung, worüber am 3. Mai die Verhandlung vor dem Wild-Senat des Szegeder Strafgerichtshofes stattfand. Kadar wurde im Sinne der Anklage schuldig gesprochen und zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. In der Begründung stellt der Gerichtshof fest, daß nach der bekannten Entscheidung der königlichen Kurie das Judentum als Konfession zu betrachten sei.

Palästina auf der Frankfurter Internationalen Musik-Ausstellung vertreten. Jerusalem. Der jüdische Komponist Grad wurde eingeladen, bei der in Frankfurt vom 11. Juni bis 28. August stattfindenden Internationalen Musik-Ausstellung mitzuwirken. Herr Grad verhandelt mit der Gesellschaft palästinensischer Musiker hinsichtlich einer offiziellen Vertretung Palästinas bei der Ausstellung. Bekanntlich finden im Rahmen des „Sommers der Musik“ auf der Internationalen Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ zu Frankfurt am Main vom 2. bis 28. Juni 1927 Veranstaltungen statt, die der historischen Entwicklung des Synagogengesanges und dem jüdischen Volkslied gewidmet sind. Es sind Konzerte und Vorträge unter Mitwirkung von in- und ausländischen Chören und Spezialisten vorgesehen.

Das Fremdenrecht im Britischen Oberhaus. London. Im House of Lords wurde am 6. Mai das Gesetz zur Einschränkung der Fremdeneinwanderung in zweiter Lesung vorgenommen. In dem Bericht wurde erwähnt, daß in vielen noch unruhigen Teilen Europas für viele ein Drang besteht, nach England zu kommen, wo aber Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit ihre Gegenwart unerwünscht erscheinen lassen. Lord Haldane sprach sich für die Ablehnung der Bill aus, die, wie er sagte, schließlich erwünschte Elemente ebenso fernhält wie unerwünschte. Die Bill nehme England den Vorzug, auch weiterhin ein Asyl für diejenigen zu sein, die politischer und religiöser Verfolgung entronnen sind. Er wünsche die Zulassung von Fremden, deren Vorzüge den nationalen Mängeln der Briten ein Gegengewicht bieten. Die Bill wurde bei namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 20 Stimmen angenommen.

Italienische Bürgerrechte für die Juden in Libyen. Rom. In der Kammer Sitzung am 4. Mai wurden unter den Deputierten Abschriften des geplanten Verwaltungsgesetzes für Libyen, der italienischen Kolonie in Nordafrika, verteilt. Darin wird sowohl den Mohammedanern wie den Juden, die in Libyen in großer Zahl wohnen, das Recht verliehen, die italienische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Alle in Libyen geborenen Juden und Mohammedaner sind nach dem neuen Gesetzentwurf italienisch-libysche Bürger. Ein Libyer, der den Militärdienst absolviert hat, hat Anspruch auf die volle italienische Bürgerschaft. Die religiösen Sitten und Bräuche der Juden müssen nach dem neuen Gesetz respektiert werden. Die rabbinischen Gerichte werden wie bisher in Angelegenheiten der Erbschaft, der häuslichen und religiösen Einrichtungen der jüdischen Bürger Libyens autoritativ zu entscheiden haben.

Ein ständiges Komitee für Freundschaft zwischen Juden und Christen. Neuyork. Ein permanentes Komitee zur Pflege der Freundschaft zwischen Juden und Christen wurde soeben hier gebildet; es gehören demselben neun prominente Persönlichkeiten der Katholiken, Protestanten und Juden Amerikas an. Das Komitee soll u. a. auch in Funktion treten, wenn eine Gruppe amerikanischer Bürger Beschwerde erhebt, daß sie Haß und Ungerechtigkeit ausgesetzt ist. Das Komitee wird die Angelegenheit untersuchen und die Öffentlichkeit aufklären. Das Komitee hofft auf das Gehör der ganzen Nation, wenn es den Boden vorbereitet für eine freundschaftliche Verständigung der protestantischen, katholischen und jüdischen Bevölkerung auf der breiten Basis des amerikanischen Menschentums. In einer Erklärung des Komitees wird ausdrücklich festgestellt, daß die Attacke der sogenannten Columbus-Ritter, der Ku-Klux-Klan und Henry Fords Behauptungen von dem Bestehen einer internationalen jüdischen Verschwörung mit amerikanischem Menschentum nichts zu tun haben.

Rußlandreise Felix M. Warburgs und Dr. Bernhard Kahn. Berlin. Am 5. Mai abends ist Herr Dr. Bernhard Kahn, der Leiter des Europa-Werkes des American Joint Distribution Committees zu Berlin nach Moskau abgereist. In Moskau wird er mit dem Präsidenten des JOINT, Herrn Felix M. Warburg aus Neuyork und dem Direktor des AGRO-JOINT, Herrn Dr. Joseph Rosen, zusammentreffen. Die drei Herren werden gemeinsam das gesamte Hilfs- und Aufbauwerk in Rußland inspizieren und eine auf etwa drei Wochen berechnete Reise durch die jüdischen Kolonien unternehmen. Von Rußland aus werden sich die Herren Dr. Bernhard Kahn und Felix M. Warburg nach Berlin begeben.

Paris. Henry Torres, der Verteidiger Schwarzbarths, teilte der Jüdischen Telegraphen-Agentur mit, daß die Mitteilungen einiger Zeitungen, wonach der Prozeß gegen Schwarzbart abermals verschoben worden sei, keine Grundlagen haben; der Prozeß wird ganz bestimmt Ende Juni d. J. beginnen.



Zuban

Wappenschau

die Marke des Qualitätsrauchers

